

Nr. 44 · Mai/Juni 2013 · Informationen der Linksfraktion Bochum

Aus Anlass des 1. Mai sprachen wir mit Gudrun Müller, Geschäftsführerin des ver.di-Bezirks Bochum-Herne.

Gudrun, das diesjährige Motto zum 1. Mai lautet „Gute Arbeit – Sichere Rente – Soziales Europa“. Was bedeutet dieses Motto für Dich und welche Erwartungen hast Du ganz persönlich in Hinblick auf den 1. Mai in Bochum?

Für mich spielt der 1. Mai als historischer Kampftag der Arbeiterbewegung eine große Rolle. Es ist „unser Tag“, um für bessere Arbeitsbedingungen, soziale Gerechtigkeit und Frieden zu demonstrieren.

Gute Arbeit bedeutet, dass wir z.B. erzwungene Teilzeit und Leiharbeit, Jugendarbeitslosigkeit oder Hartz-IV-Willkür schlecht finden. Oder: Arbeit darf nicht krank machen. **Sichere Rente** bedeutet Schutz vor Altersarmut und sozialem Abstieg. **Soziales Europa** bedeutet, dass nicht Millionen von Menschen die Zeche für eine verfehlte Politik bezahlen müssen.

Momentan wird in der Öffentlichkeit sehr heftig über einen Mindestlohn diskutiert. Wie siehst Du die Chance zu einer einheitlichen Regelung auch im Hinblick auf die Bundestagswahl?

Mit der Agenda 2010 ist der Niedriglohnbereich dramatisch gewachsen. Arbeitslose können gezwungen werden, jeden Job anzunehmen. Nach unten gibt es keine Haltelinie mehr. Ca. 2,5 Mio. Menschen arbeiten für weniger als 6 Euro die Stunde. Diese Menschen können nicht von ihrer Arbeit leben. Wir brauchen deshalb dringend einen gesetzlichen Mindestlohn. Im Bundestagswahlkampf werden wir die Kandida-



enger schnallen“ nicht akzeptieren. Das erfreulich breite Bündnis kann eine Protestwelle in Bewegung bringen und viele motivieren, selber aktiv zu werden.

Und was habt Ihr Euch im Bündnis für die nächsten Monate vorgenommen?

Wir engagieren uns u.a. in der Kampagne UMFairTEILEN. Damit werden die Regierenden aufgefordert, Reichtum endlich angemessen zu besteuern, statt soziale Leistungen immer weiter zu verschlechtern. Wir wollen, dass die bundesweite große UMFairTEILEN Demonstration kurz vor der Bundestagswahl in Bochum stattfindet.

Und zum Schluss: Nach der Mai-Kundgebung in Bochum Beine hoch und privat abschalten

Der 1. Mai ist unser Tag

tinnen und Kandidaten zwingen, klar Position zu beziehen.

Nach dem 1. Mai geht die Arbeit ja weiter; welche Schwerpunkte hat sich Deine Gewerkschaft dabei für die kommenden Monate gesetzt?

Wir stehen aktuell vor einer wichtigen Tarifrunde im Einzelhandel. Die Arbeitgeber haben den Manteltarifvertrag gekündigt und damit alle Errungenschaften zur Disposition gestellt. Wir fordern dagegen 6,5 % mehr Lohn. Das wird kaum ohne Arbeitskampf durchgesetzt werden können.

Wir starten bereits jetzt mit der Vorbereitung für die große Tarifrunde Anfang 2014 im öffentlichen Dienst. Die aktuelle Weigerung der Landesregierung, den Tarifabschluss für die Länderebeschäftigten auf die Beam-

ten zu übertragen, zeigt, was uns erwartet.

Du bist sehr aktiv im Bochumer Bündnis für Arbeit und Soziale Gerechtigkeit. Warum?

Wir leben in einem der reichsten Länder der Erde. Ich empfinde die spürbar wachsende Armut als unerträglich. Wir dürfen den angeblichen Sachzwang zum „Gürtel

oder zu den Ruhrfestspielen nach Recklinghausen?

Ich bin noch nicht entschieden. Das traditionelle Fest am 1. Mai auf dem Grünen Hügel in Recklinghausen ist sehr reizvoll. Auf jeden Fall werde ich den Nachmittag mit meiner Familie verbringen, die im stressigen Alltag ja oft auf mich verzichten muss.

Mai-Kundgebung

Die diesjährige 1. Mai-Kundgebung des DGB steht unter dem Motto „Gute Arbeit – Sichere Rente – Soziales Europa“. Um 10.15 Uhr startet am Bochumer Bergbaumuseum der Demonstrationzug.

Die Maikundgebung beginnt dann um ca. 11 Uhr auf dem Willy-Brandt-Platz / Rathausvorplatz. Hauptredner ist Carsten Burckhardt, Regionalleiter IG BAU. Auf dem Platz findet ein großes Familienfest mit Live-Musik und Kinderprogramm statt. Parteien und Verbände beteiligen sich mit Infoständen. Natürlich ist auch DIE LINKE Bochum mit dabei.



Transparenz und Bürgerbeteiligung

Als Folge der Atrium-Affäre stand der Bereich Unternehmenskommunikation der Stadtwerke in der Kritik. Dieser wurde inzwischen einer intensiven Prüfung unterzogen.

Es sind verschiedene Maßnahmen eingeleitet worden, um den Bereich Unternehmenskommunikation neu zu organisieren, damit auch dort in Zukunft nach klaren Regeln nachvollziehbar gehandelt wird. Im Zuge der Atrium-Affäre hatte die Geschäftsführung der Stadtwerke zudem angekündigt, ein neues Konzept für Spenden und Sponsoring unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln.

Die Sponsoring-Mittel der Stadtwerke sollen von 4,5 Millionen Euro bis 2016 auf 2,7 Millionen Euro gekürzt werden. So viel,



wie auch vergleichbare öffentliche Unternehmen für Spenden und Sponsoring ausgeben. Die Unterstützung für gemeinnützige Vereine im kleinen und mittleren Bereich soll unberührt bleiben. Die Kürzung geht vor allem zu Lasten des großen Zuwendungsempfängers VfL Bochum, der bisher jährlich über 2 Millionen

Euro von den Stadtwerken erhält. Die Linksfraktion hat sich schon lange dagegen gewandt, dass an einen kommerziell arbeitenden Fußballverein allein für den Stadionnamen jährlich bis zu 1,5 Mio. Euro verpulvert werden, während sich die Stadtwerke weigern, Sozialtarife für Strom auch nur zu prüfen.

Positiv ist vor allem, dass mehr Transparenz und eine Bürgerbeteiligung beim Sponsoring eingeführt werden sollen. In den Bereichen Kultur, Bildung, Soziales und Sport sollen die BürgerInnen über das Internet regelmäßig entscheiden, welche gemeinnützigen Projekte eine Förderung zwischen 2.500 Euro und 25.000 Euro erhalten. Dabei soll sichergestellt werden, dass Kultur, Bildung, Soziales und Sport nicht gegeneinander ausgespielt werden können. Bei größeren Summen entscheidet der Aufsichtsrat.

Wenn die Stadtwerke zudem in Zukunft regelmäßig öffentlich über ihr Sponsoring berichten, könnten sie zum Vorbild für andere öffentliche Unternehmen, auch in Bochum, werden.

Uwe Vorberg

Fast Food – Nein Danke!

In den letzten Monaten haben erneut Berichterstattungen über „Lebensmittelskandale“ die Debatte in der Öffentlichkeit mitbestimmt. Pferdefleisch in der Lasagne, verdorbene Erdbeeren im Nachtisch von Kitas und Dioxin in Eiern.

Vor diesem Hintergrund hat DIE LINKE im Rat nachgefragt, ob es Qualitätsstandards für die Übermittagsverpflegung in Kitas und Schulen gibt. Dabei wollen wir insbesondere wissen, in wieweit ökologische und regionale Produkte bei der Auswahl eine Rolle spielen. Für uns ist es nicht nur wichtig, dass jedes Kind über Mittag etwas zu essen bekommt, sondern dieses Essen muss auch gerade bei Kindern von hoher Qualität und Ausgewogenheit sein.

Hier müssen unter Umständen auch finanzielle Aspekte eine untergeordnete Rolle spielen. Wir sind auf die Antwort der Verwaltung gespannt und werden gegebenenfalls auch weitergehende Forderungen stellen. Das sollte uns die Ernährung und damit die Gesundheit unserer Kinder wert sein.

Arnold Vogel

Ein unendliches Versprechen?

Wer die Presse der letzten Wochen verfolgt hat, dem wird nicht entgangen sein, dass die Auseinandersetzung um den Platz vor der Christuskirche (Platz des europäischen Versprechens) noch nicht beendet ist.

Vor allem der Künstler ist der Meinung, dass der künstlerische Prozess zu Ende geführt werden muss. Dies hieße, weitere Namensplatten zu verlegen. Dadurch würden noch mal Kosten von etwa 1,4 Mio. Euro entstehen. Dabei darf aber nicht außer Acht gelassen werden, dass bis jetzt schon rund 1,2 Mill. Euro aus städtischen Mitteln in die Gestaltung des Platzes geflossen sind, geplant waren 600.000 Euro.

Ohne eine Bewertung des künstlerischen Inhalts der Platzgestaltung vornehmen zu wollen,



ist DIE LINKE im Rat allerdings der Meinung, dass die Fertigstellung des Platzes erfolgt ist und die Stadt ihre zugesagten Mittel bereitgestellt hat. Wenn jetzt noch weiter über eine Fortführung des künstlerischen Prozesses nachgedacht wird, dann sollten die Mittel dazu ausschließlich über Sponsoren eingeworben werden.

Jürgen Plagge-Vandelaar

Wir sind für Sie da

Montags bietet unsere Bürgersprechstunde von 17 bis 18 Uhr die Möglichkeit, mit uns über Probleme und mögliche Lösungen ins Gespräch zu kommen. Dazu stehen reihum die Rats- und Ausschussmitglieder für Fragen, Anregungen und Diskussionen in unserer Geschäftsstelle, Willy-Brandt-Platz 1 – 3 persönlich und telefonisch unter 910 – 12 95 zur Verfügung.

 www.facebook.com/LinksfraktionBochum

20 Jahre Tafeln in Deutschland

Lösung des Armutproblems durch Mildtätigkeit?

1993 wurde die erste Tafel in Berlin gegründet. Sie war als Nothilfe für Menschen gedacht, die aus allen sozialen Netzen herausgefallen waren, z.B. Obdachlose und Drogenkranke.

Mittlerweile hat sie sich zu einer Organisation entwickelt, die quasi ein paralleles Versorgungssystem für Menschen entwickelt, die durch Hartz IV, prekäre Arbeitsverhältnisse und zu niedrige Grundsicherung tief in Armut gesunken sind. Der oftmals immer noch verklärte Blick auf die Tafeln – gute Menschen helfen armen Menschen – gibt mittlerweile auch kritischen Beiträgen Raum. Diese weisen darauf hin, dass das Problem der Armut nicht durch Mildtätigkeit gelöst werden kann. Wenn Armut nachhaltig bekämpft werden soll, ist Armutsbekämpfung eine politische Aufgabe mit dem Ziel der Stärkung von sozialen Rechten. Diese Kritik richtet sich in erster Linie gegen das System der Tafeln, nicht gegen die Menschen, die dort aufopferungsvoll ehrenamtlich arbeiten.

Leider ist von den Tafeln in dieser Frage von Armut und Armutsbekämpfung



fung nichts zu hören. Deutliches Beispiel dafür ist ein WAZ-Interview mit Herrn Basner, Vorsitzender der Wattenscheider Tafel. Dort wünscht er sich, dass es noch mehr Tafelausgabestellen geben soll. Ziel muss es aber doch sein, die Armut so zu bekämpfen, dass es keinen Bedarf für Tafeln mehr gibt und diese überflüssig werden.

Ein Schuft, der Böses dabei denkt, wenn er erfährt, dass die nicht unbedingt sozialstaatsfreundliche Unternehmensberatung McKinsey den Bundesverband der Tafeln dabei beraten hat, ihr „Handbuch zur Gründung

einer Tafel“ zu entwickeln, die Bertelsmannstiftung die Tafeln als gelungenes Beispiel für eine freiwillige Wohlfahrtsinitiative lobt, die gut mit der Wirtschaft kooperiere und der Bundesverband der Deutschen Industrie einen „Innovationspreis“ verleiht.

Ziel von nachhaltiger Armutsbekämpfung kann nicht eine weitere „Vertafelung“ der Gesellschaft unter dem Beifall der Industrie sein, sondern eine Politik, die Armut bekämpft z.B. mit einem gesetzlichen Mindestlohn und sich nicht in barmherzigem Handeln erschöpft. *Ernst Lange*

Opel-Aus

Kurz nach Redaktionsschluss erreichte uns die Nachricht, dass der Opel-Aufsichtsrat beschlossen hat, die Zafira-Produktion in Bochum schon Ende 2014 einzustellen und das Bochumer Werk zu schließen. Wider jede ökonomische Vernunft. Hier zeigt sich, dass das Management von GM lieber Millionen in den Wind schießt, als dem Widerstand der Belegschaft nachzugeben. Unsere Solidarität gilt weiterhin der Bochumer Opel-Belegschaft. Jetzt muss es darum gehen, das Aus für Opel so teuer wie möglich zu machen und für die Beschäftigten das Beste herauszuholen. Das gilt auch für die Flächen. Sie gehören in die öffentliche Hand, damit dort Gewerbegebiete entwickelt werden können und neue Industriearbeitsplätze entstehen.

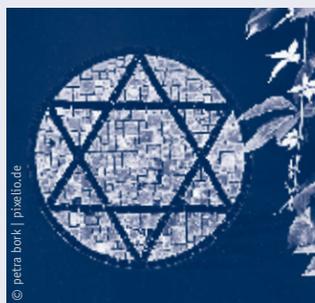
Uwe Vorberg

Klagen hilft – Hartz IV nicht

Das Jobcenter enthält Arbeitslosen vielfach Leistungen rechtswidrig vor. Das ergibt u.a. die Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion. Danach hat das Jobcenter Bochum 1.300 Widersprüchen ganz oder teilweise stattgegeben. Das ist eine Erfolgsquote von über 46%. Bei den eingereichten Klagen gab das Jobcenter in 231 Fällen (40%) ganz oder teilweise nach. Es ist unwürdig, dass die ALG-II-Berechtigten immer noch und immer wieder rechtliche Schritte einleiten müssen, um die ihnen zustehenden Leistungen vollumfänglich zu erhalten. Es wird Zeit, dass die Agenda 2010 durch eine „Agenda Sozial“ ersetzt wird.

Betti-Hartmann-Platz – Ein gutes Signal

Der seit Jahrzehnten aktive Wattenscheider Antifaschist Hannes Bienert hat in der Bezirksvertretung Bochum Wattenscheid angeregt, den bis jetzt namenlosen Wattenscheider Rathausvorplatz in Betti-Hartmann-Platz zu benennen.



Betti Hartmann war 1942 im Konzentrationslager Auschwitz ermordet worden. Sie wurde nur 15 Jahre alt und gehört somit zu den jüngsten Wattenscheider Opfern des Holocaust. Die Benennung hat auch deshalb eine besondere

symbolische Bedeutung, weil sich hier die TeilnehmerInnen des jährlichen Schweigemarsches anlässlich des 9. Novembers treffen.

Die Verwaltung lehnte dieses Ansinnen mit der Begründung

ab, die BV Wattenscheid habe Mitte der 90er Jahre beschlossen, Platzbenennungen nur nach bisherigen Bürgermeistern aus Wattenscheid vorzunehmen. Mit der gleichen Begründung kann die Erde auch heute noch als Scheibe betrachtet werden, denn dies wurde ja auch mal beschlossen.

Ich habe natürlich den Vorschlag von Hannes Bienert unterstützt, zu meiner freudigen Überraschung auch alle anderen Mitglieder der Bezirksvertretung. Damit haben wir ein

wichtiges politisches Signal gesetzt. Künftig heißt also der Wattenscheider Rathausvorplatz „Betti-Hartmann-Platz“.

Wolfgang Wendland

„Das ist obszön!“

Damit brachte Dr. Ulrich Schneider, Bundesgeschäftsführer des Paritätischen, die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich bei der Kundgebung des dezentralen Aktionstages am 13. April auf den Punkt. Ca. 2.000 Bürgerinnen und Bürger waren in Bochum dem Aufruf „umFAIRteilen – Reichtum besteuern“ gefolgt.

Natürlich waren auch Mitglieder unserer Fraktion dabei, denn immer wieder haben wir auch gerade in der Kommunalpolitik mit dem Problem leerer Kassen zu kämpfen. Da wird gekürzt und gestrichen, da werden Eintrittsgelder und Kursgebühren erhöht. Das geht vor allem auf Kosten finanziell

schlecht gestellter Menschen und des städtischen Personals. Im Vorfeld der Demonstration haben wir deshalb mit Infoständen die Mobilisierung unterstützt.

Die Kluft zwischen Arm und Reich ist nicht vom Himmel gefallen. Sie hat Ursachen und zwar in der Politik. Eine zentrale Forderung ist eine gerechte Steuerpolitik und die Einführung einer Vermögenssteuer.

Wolfgang Knop vom städtischen Personalrat nannte einige Beispiele wie die Gebührenerhöhung bei den Schwimmbädern und der Stadtbücherei, die es mit einer Vermögenssteuer nicht hätte geben müssen. Rico Dettbarn von



der DGB-Jugend stellte klar, dass es nicht um eine Neiddebatte geht, wenn Reiche stärker zur Kasse gebeten werden sollen, sondern um Gerechtigkeit.

Insgesamt war der Bochumer Aktionstag mit seinen guten inhaltlichen und kulturellen Beiträgen und der bunten Schar der Demonstrantinnen und Demons-

tranten ein starkes Signal für den weiteren Widerstand gegen soziale Ungerechtigkeit. Gerade im Bundestagswahlkampf wird das Thema „umFAIRteilen“ eine wichtige Rolle spielen. Und wenn die bundesweite Demonstration am 14. September in Bochum stattfinden wird, sind wir natürlich auch wieder dabei.

Bianca Schmolze

Wege aus der Energiearmut

Die Energiepreise steigen von Jahr zu Jahr drastisch in die Höhe. Aufgrund dieser Tatsache können viele Menschen in Deutschland ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen.

So ist die Zahl der Stromsperrungen durch die Stadtwerke Bochum in den letzten fünf Jahren enorm gestiegen. Im Jahr 2007 wurde von den Stadtwerken 1.379 Mal der Strom abgedreht, im Jahr 2012 waren es schon 2.501 Stromsperrungen. Das ist eine Steigerung von gut 80 %!

Die Bundesnetzagentur spricht von bundesweit 312.000 Stromabschaltungen in 2011. Diese Zahlen belegen, wie groß das



Problem der Energiearmut mittlerweile geworden ist. Betroffen

sind nicht nur ALG-BezieherInnen, sondern auch Menschen mit geringem Einkommen oder kleiner Rente.

Um uns mit dieser Thematik zu befassen und Lösungsansätze zu finden, führt die Ratsfraktion DIE LINKE in Bochum hierzu eine Veranstaltung am 20. Juni durch. Zusammen mit Claudia Bruhn (Projektleiterin „NRW bekämpft Energiearmut“, Verbraucherzentrale NRW), Caren Lay (Verbraucherpolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag),

Bernd Wilmert (Geschäftsführer Stadtwerke Bochum) und interessierten Bürgerinnen und Bürgern wollen wir zu diesem Thema diskutieren. Helfen Sozialtarife? Was bringt eine Energieberatung? Welche Aufgaben haben die örtlichen Energieversorger? Sie sind herzlich eingeladen mit uns zu diskutieren. *Aygül Nokta*

**Wege aus der Energiearmut
Donnerstag, den 20. Juni
18.30 – 20.30 Uhr
Museum Bochum
Kortumstraße 147**

Impressum

Linksfraktion Bochum
Uwe Vorberg (V.i.S.d.P.)
Altes Postgebäude
Willy-Brandt-Platz 1 – 3,
44777 Bochum
Tel.: 0234 – 910 12 95 / 12 96
Fax: 0234 – 910 12 97
linksfraktion@bochum.de
www.linksfraktion-bochum.de
Fotos: pixelio.de (S.2,3,4)
Stadtwerke Bochum (S.2),
Linksfraktion Archiv (S.2,4)

LINKE. Einblicke

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Linksfraktion Bochum erhalten.

Bitte schicken Sie mir die „Einblicke“ kostenlos an folgende Adresse:

Name, Vorname Straße, Hausnummer Postleitzahl, Ort

Bitte schicken Sie mir Ihren elektronischen Newsletter an folgende Emailadresse: